

Resolution

Die Ortsverbandsversammlung der IG BAU Hamburg-Nord hält die von der Bundesregierung im Eilverfahren beschlossenen Vorschläge der so genannten „Hartz-Kommission“ für in der Sache völlig untauglich und ihre Unterstützung für gewerkschaftsschädigend. Die schon beschlossenen und noch in Planung befindlichen Maßnahmen stellen einen der dramatischsten Angriffe auf soziale Sicherungen dar, die die Bundesrepublik bisher erlebt hat.

Der Ortsverband fordert daher seinen Bezirksverband Hamburg, den Bundesvorstand der IG BAU, den Gewerkschaftsbeirat der IG BAU und die regionalen DGB-Strukturen auf,

- **sofort jegliche Unterstützung und jede positive Kommentierung des so genannten Hartz-Konzeptes zu unterlassen**
- **umgehend eine Kampagne gegen das Hartz-Konzept zu initiieren**

und für

- **die 35-Stunden-Woche per Gesetz**
- **die Altersrente mit 60 ohne Abschläge**
- **sowie das Verbot der Leiharbeit**

zu kämpfen. Dies sind Kernaufgaben einer Gewerkschaft in der aktuellen Krise unserer Zivilgesellschaft.

Der Ortsverband hat kein Verständnis für die bisher bekundete Unterstützung der IG BAU für das „Hartz-Konzept“. Die Vorschläge der Kommission richten sich in erster Linie gegen arbeitslose KollegInnen, aber auch gegen diejenigen Mitglieder der IG BAU, die noch in Lohn und Brot stehen. Eine Unterstützung dieser Politik scheint uns nicht nur gegen den eigentlichen Sinn gewerkschaftlicher Arbeit, sondern auch eklatant gegen die „Bonner Satzung“ unserer Organisation zu verstoßen, in der es unter § 3 unter anderem heißt: **„Die IG BAU vertritt die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder und verbindet sie im solidarischen Handeln.“**

Wie dies mit einer Senkung des Arbeitslosengeldes, zahllosen repressiven Leistungskürzungen oder auch der massiven Ausdehnung von Leiharbeit – und damit Ausbeutung pur - vereinbar sein soll, ist uns schleierhaft.

Begründung

In allen DGB-Gewerkschaften gärt es derzeit an der Basis. Während die jeweiligen Bundesvorstände unserer Organisationen die Hartz-Angriffe auf das Sozialsystem unterstützen, fragen sich große Teile der Gewerkschaftsbasis fassungslos, wie ihnen geschieht, so auch die aktive Basis der IG BAU. Insbesondere der radikale Richtungswechsel unseres Bundesvorstandes ist nur schwer erklärbar.

Noch am Donnerstag, den 4. Oktober 2001 hielt unser Bundesvorsitzender – der Kollege **Klaus Wiese**hügel – eine vielumjubelte Rede auf dem Bonner Gewerkschaftstag. Mehrfach von spontanem Applaus unterbrochen rief er damals den Delegierten zu:

„Es ist unverantwortlich, es ist unverschämt, es ist ausbeuterisch, einen Job unter 1500 Euro anzubieten. Diese Aggressivität muss von uns zurückkommen, sonst drücken die uns alle auf einen Niedriglohnsektor, bei dem wir unsere Familien nicht mehr ernähren könnten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (An dieser Stelle vermerkt das Protokoll: „Beifall“) (...) Im Augenblick wird jeder Einzelne fertig gemacht, von den Arbeitsämtern, von den Sozialämtern. Überall wird er immer mehr in die Ecke gedrückt, wird mit seinen Ansprüchen immer mehr heruntergedrückt. Und wenn er dann sagt: ja, aber das ist zu wenig, dann wird gesagt: Sie sind wohl faul. Er muss sagen können: Nein, wir Arbeitnehmer in Deutschland, wir sind im DGB organisiert und wir arbeiten nicht unter einer solchen Summe. Der Ball muss wirklich zurückgespielt werden. Wir sind doch die Mehrheit dieses Volkes. Dann müssen wir uns auch selber helfen und so diskutieren.“ An dieser Stelle vermerkt das Protokoll „lebhaften Beifall“.

Im Juli 2002 aber – und damit nur einige Monate später – signalisierten der selbe Klaus Wiese hügel und mit ihm die Spitzen aller DGB-Gewerkschaften ihre Zustimmung zum so genannten „Hartz-Konzept“, und damit unter anderem zu Sätzen, wie:

„Die erwerbsfähigen Leistungsbezieher sind verpflichtet, alle der Zumutbarkeit entsprechenden Beschäftigungen anzunehmen. Zumutbar ist auch eine Beschäftigung in einer PersonalServiceAgentur (PSA)“ (Seite 92). und noch konkreter wird das Hartz-Konzept auf Seite 74, wenn die „Erwartungen“ an Arbeitslose mitsamt Sanktionen aufgelistet werden: **„Abzüge vom Arbeitslosengeld bei verspäteter Meldung der (bevorstehenden) Arbeitslosigkeit; erhöhte Mobilitätserwartungen im Zusammenhang der Neuen Zumutbarkeit; Probezeit bei Übertritt in die PSA (bis zu 6 Monaten) bei einer Vergütung auf Grundlage des Arbeitslosengeldes; gestaffelter Abzug vom Arbeitslosengeld oder Sperrzeit bei Entlassung durch die PSA aus verhaltens- oder personenbedingten Gründen.“**

Der Arbeitslose muss überdies künftig selber beweisen, dass eine Tätigkeit nicht zumutbar ist, denn er hat laut „Hartz-Papier“ eine **„Schadensbegrenzungspflicht“** oder konkreter auf Seite 26: **„Der Grundsatz ‘Fördern und Fordern’ sowie ‘keine Leistung ohne Gegenleistung’ erhält im Sinne der Neuausrichtung der Arbeitsförderungs politik zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eine neue Akzentuierung, die im Begriff ‘Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen’ zum Ausdruck kommt. ‘Fördern und Fordern’ entspricht der Erwartungshaltung des Versicherers an den Versicherten, den materiellen und nichtmateriellen Leistungen des Arbeitsamtes im Sinne der Schadensbegrenzungspflicht durch ein angemessenes, zielführendes Verhalten zu begegnen (...“**

Kurz: Arbeitslose müssen künftig schlicht JEDEN Job annehmen, der ihnen von den freundlichen MitarbeiterInnen des Arbeitsamtes (künftig: Job-Center) angeboten wird. Jenen MitarbeiterInnen, die in der Vergangenheit beinahe täglich KollegInnen in illegal entlohnte Arbeit zwangen, und bei Weigerung Leistungen kürzten.

Unsere KollegInnen sollen künftig einen „Schaden begrenzen“, den sie in den seltensten Fällen selber angerichtet haben. Doch das Hartz-Papier dreht den Spieß um: Die Arbeitslosen sind „schadensbegrenzungspflichtig“: Wenn sie kein „angemessenes, zielführendes“ Verhalten aufweisen, wird gekürzt – und zwar erheblich.

Und das geht schnell: Wahrscheinlich ab Januar 2003 müssen KollegInnen am ersten Tag nach Erhalt der Kündigung (!) zum Arbeitsamt. Für jeden Tag, den sie sich später „arbeitslos“ melden, werden erhebliche Beträge vom späteren Arbeitslosengeld abgezogen, dass zuvor ohnehin schon von 67% auf 60% des letzten Lohnes/Gehaltes gekürzt wurde (bei Familienvorständen).

Aber auch für die (noch) Beschäftigten haben Peter Hartz und seine illustren Kommissions-Mitglieder einige Überraschungen parat, beispielsweise für ältere KollegInnen: Per „Bridge-System“ sollen über 55jährige die Zeit bis zur Frührente ab 60 Jahren überbrücken – mit heftig reduziertem Arbeitslosengeld und in der Regel um 18% geminderter Rente. Gleichzeitig und dazu passend werden „alle beschäftigungshemmenden Regelungen für Ältere stufenweise zurückgeführt“ – inklusive des erweiterten Kündigungsschutzes.

Auf der anderen Seite der „Alterspyramide“ regt die Kommission u.a. eine „Ausbildungszeit-Wertpapier“ an: Eltern, Freunde, Oma und Opa sollen für Ihre Nachkommen eine solche Versicherung abschließen, um den lieben Kleinen eine Ausbildung zu finanzieren. Auf diese Weise könnten demnächst die Wohlhabenden ihrem Nachwuchs Ausbildungsplätze erkaufen, während ärmere Bevölkerungsschichten leer ausgehen. Es freuen sich die Unternehmen: sie sparen auch noch Teile der spärlichen Ausbildungsvergütung ein.

Darüber hinaus können junge, ledige Arbeitslose schon einmal die Koffer packen. Sind sie künftig länger als 3 Monate arbeitslos, vermerkt das Hartz-Konzept als „geografische Zumutbarkeit“ für sie schlicht: „BRD“ (Seite 71). Nach 6 Monaten ist der erzwungene, bundesweite Umzug dann für alle „zumutbar“.

Die Beweislast wird dabei einfach umgekehrt: Arbeitslose müssen jetzt selber beweisen, dass eine angebotene Anstellung „unzumutbar“ ist. Wie schon erwähnt konnte insbesondere die IG BAU in den letzten Jahren feststellen, wie die Arbeitsämter mit völlig berechtigter Verweigerung von arbeitslosen KollegInnen umgingen: Mehrfach mußten unsere Rechtsabteilungen einschreiten, weil SachbearbeiterInnen Leistungen strichen, nachdem Bauleute die Annahme von Jobs ablehnten, die unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns (!) bezahlt wurden. Zynisch und beinahe menschenverachtend kommentiert das Hartz-Konzept mögliche, zukünftige Verweigerungen auf Seite 67:

„Durch die differenzierte und flexibel handhabbare Sperrzeitenregelung kann die Ernsthaftigkeit der eigenständigen Integrationsbemühungen verstärkt werden.“

Frauen haben bei Umsetzung des „Hartz-Konzeptes“ schon gleich grundsätzlich wenig zu lachen: sie kommen darin nur als Anhang vor. An den verschiedensten Stellen ist ausschließlich von „Familienvätern“ die Rede, ein Beispiel:

„Familienvätern (...) wird eine besondere Priorität bei der Vermittlung eingeräumt.“

Dazu Professorin Ingrid Kurz-Scherf (Arbeitsmarktexpertin der Universität Marburg):

„Wenn dieses Papier so umgesetzt würde, dann bedeutet es, dass sich die Möglichkeiten von Frauen am Arbeitsmarkt eklatant verschlechtern würden, weil das Papier, offen und unverhüllt für die Förderung von Männern auf Kosten von Frauen plädiert.“

Doch vor allem geht es Kommission wie Bundesregierung immer wieder um die Leiharbeit, bzw. um die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Nicht nur, dass das Hartz-Konzept die Schaffung so genannter „Personal-Service-Agenturen“ und damit Leih- und Zeitarbeitsfirmen im eigenen Hause vorsieht. Die Daten von Arbeitslosen sollen zudem in bislang nicht gekanntem Ausmaß auch den „Sklavenhändlern“ der berüchtigten Zeitarbeitsfirmen zur Verfügung gestellt werden . . . unter „strenger Kontrolle“, versteht sich. Wie streng diese „Kontrollen“ aussehen, können Mitglieder aller Einzelgewerkschaften schon heute in nahezu allen Branchen aus der Nähe betrachten: Es gibt keine. Und selbstverständlich müssen auch die Job-„Angebote“ der Sklavenhändler angenommen werden – bei Widerstand droht auch hier die massive Kürzung der Leistungen.

Doch mit der bloßen Förderung von Zeit- und Leiharbeit ist es laut „Hartz-Konzept“ nicht getan. Die den erweiterten „Service“ nutzenden Unternehmen sollen überdies auch noch „entlastet“ werden. Als hätten sie mit der Beschäftigung von mehr oder weniger rechtlosen,

jederzeit kündbaren und auch billigeren Leihkräften nicht ohnehin schon den Lotteriegewinn gezogen, werden ihnen zudem Vergünstigungen angedient. Beschäftigten Unternehmen künftig auf die beschriebene Weise Arbeitslose, wird ihnen ein Teil der Zahlungen zur Arbeitslosenversicherung erlassen, das unternehmerische Risiko weiter auf Arbeitnehmer und die Allgemeinheit übertragen.

Bei all dem geht man auf Seiten der Bundesregierung wie der Kommission selber üblicherweise von verantwortungsbewußten Unternehmern aus, die über diese Möglichkeit zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und auf so genannte „Mitnahmeeffekte“ verzichten. In der Realität werden Unternehmen die PSA's selbstredend nutzen, um die Kernbelegschaften abzubauen und durch Leihkräfte zu ersetzen. Das wird ihnen auf Seite 114 des Konzeptes sogar fast aufgedrängt:

„Durch die Verringerung von Kostenrisiken bei der Personalakquisition wird die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen gefördert. Personalengpässe durch Krankheit und Urlaub bzw. Auftragsspitzen können kurzfristig durch die vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung überbrückt werden. Kleinere Arbeitsvolumina für besondere Aufgaben (z.B. Personalverwaltung) in Kleinstunternehmen können durch die PSA gedeckt werden.“

Welches Unternehmen kann da schon „Nein“ sagen ? Aus gewerkschaftlicher Sicht freilich haben die Firmen gefälligst so viele Beschäftigte vorzuhalten, dass Auftragsspitzen mit eigenen Leuten abgedeckt werden können. Noch vor wenigen Jahren verteilte auch die IG BAU Aufkleber, auf denen zu lesen stand: „Leiharbeit ist Sklavenarbeit !“ und die Große Flexi-Regelung wurde schließlich zum Teil ebenfalls für den Zweck abgeschlossen, den Unternehmen den Erhalt der Kernbelegschaften zu ermöglichen, bzw. aufzuzwingen. Doch was schert uns das Geschwätz von gestern ? In den letzten Wochen ist zu lesen, die Gewerkschaften und insbesondere die IG BAU hätten sich beim Thema Leiharbeit durchgesetzt: Leiharbeit auf dem Bau bleibt verboten, die Verleiher in andere Branchen müssen einen „Tariflohn“ zahlen. Allerdings ist damit überhaupt nicht geklärt, welchen Tarif sie zahlen müssen, denn der soll jetzt erst ausgehandelt werden und dürfte kaum den üblichen Lohn des entleihenden Betriebes erreichen - die ersten sechs Wochen der Beschäftigung arbeiten die KollegInnen künftig gar für das blanke Arbeitslosengeld. Und Leiharbeit auf dem Bau ? Ist und bleibt zwar verboten, wird aber nichts desto trotz bereits fleißig durchgeführt. Das beste Beispiel hier ist das Unternehmen „Z-Bau“, das in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Knebelverträge mit Arbeitslosen abschließt, sie an diverse Firmen verleiht und die KollegInnen dabei mit Mindestlöhnen, Überstunden und miserablen Arbeitsbedingungen ausbeutet und das Dumpinggeschäft kräftig ankurbelt.

Mit dieser Art Vernichtung fester Arbeitsverhältnisse noch nicht genug: Durch Einführung der so genannten „Ich AG's“ werden künftig Schwarzarbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse legalisiert und gefördert – und damit die zuvor vorgeblich bekämpfte Scheinselbstständigkeit massiv gefördert. Bis zu 500.000 Ich-AG-Scheinselbstständige sind eingeplant und damit eine halbe Million ArbeitnehmerInnen ohne Kündigungsschutz und ohne Möglichkeit der Mitbestimmung im Betrieb. Ich AG's sollen nicht nur von Arbeitslosen aufgemacht werden können, auch jetzige Erwerbstätige „dürfen“ – etwa auf Druck ihres Arbeitgebers – ein bislang festes Arbeitsverhältnis in diese „Erwerbsform“ umwandeln, damit auf diverse Arbeitsrechte verzichten und ihre Sozialversicherungskosten fortan alleine tragen.

Die Hartz-Vorschläge: Das Who is who der Arbeitsplatzvernichtung

Diese Vorschläge, deren Umsetzung bereits in vollem Gange ist, entstammen im wesentlichen den Ideen von Repräsentanten der größten deutschen Arbeitsplatzvernichter. Mitglieder der Hartz-Kommission sind neben Peter Gasse (Bezirksleiter IG Metall Nordrhein-Westfalen) und Isolde Kunkel-Weber (Mitglied des ver.di – Bundesvorstandes) unter anderem:

Norbert Bensel (Vorstand DaimlerChrysler, mitverantwortlich für 26.000 vernichtete Arbeitsplätze seit 2001 im Firmenteil Chrysler, jüngst verkündete der Konzern einen weiteren Stellenabbau ohne konkrete Zahlen)

Eggert Voscherau (stellvertr. Vorstandsvorsitzender BASF, seit 2001 auch zuständig für Personalpolitik, spätestens seit 1996 mitverantwortlich für mehr als 30.000 vernichtete Arbeitsplätze in zehn Jahren, ein weiterer Abbau wurde jüngst unter seiner Führung beschlossen)

Heinz Fischer (Personalchef Deutsche Bank, hat erst im September 2002 wieder die Vernichtung von 3.000 Arbeitsplätzen verkündet, schon im Dezember 2001 überdies den Abbau von 7.100 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig erzielte der Deutsche Bank – Konzern in 2001 ein Jahresgewinn nach Steuern von rund 5.000.000.000 Euro)

und **Jobst Fiedeler** (Unternehmensberatung Roland Berger).

Hier hat man wohl endgültig den Bock zum Gärtner gemacht, im folgenden einige Zitate zur „Arbeitsweise“ von Roland Berger:

„Der Grund: Die neuen Cefs bei Kirch verlassen sich lieber auf die Berater von Roland Berger (...) Nicht nur, dass die Berater den Regeln ihrer Branche folgen: Abspalten, schrumpfen, entlassen (...)“ („Wirtschaft – Zeit.de“, 29/02)

„Zur Sanierung der ORGA-Kartensysteme fordert das renommierte Beratungsunternehmen Roland Berger als schnellstes und einfachstes Mittel von der Belegschaft einen Arbeitsplatzabbau von bis zu 200 Beschäftigten und ein Lohnopfer von 10%.“ (Presseerklärung der IG Metall Kiel vom 8. November 2002)

„Damit nicht genug: Die Fa. Roland Berger (...) hat im Auftrag des Bundesfinanzministers Pläne vorgelegt, wie bis 2005 im Öffentlichen Dienst weitere 600.000 Stellen gestrichen werden können.“ (Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Stuttgart, 15. August 2000)

Kein Wunder auch, dass die Hartz-Kommission die massive Ausweitung von Leiharbeit so sehr in den Vordergrund ihrer Vorschläge stellte, begleiteten doch neben Massenentlassungen bei gleichzeitigen Millionengewinnen auch der Austausch regulärer Arbeitskräfte durch LeiharbeiterInnen den Karriereweg dieser Herren. Beispiel Deutsche Bank: Schlicht gekündigt werden hier freilich nur wenige Beschäftigte. Man nutze üblicherweise – so Hartz-Mitglied Fischer – die „natürliche Fluktuation“ zum Arbeitsplatzabbau aus. Von den übrigen Bankangestellten wird regelmäßig ein Teil im Zeitarbeitsunternehmen „Bankpower“ (in Zusammenarbeit mit „Manpower“) untergebracht, oder auch gleich in der konzerneigenen Zeitarbeitsfirma „Bankforce“. Ziel hier: Die soeben Entlassenen werden innerhalb des Unternehmens auf „feste Sollstellen“ gesetzt – untertariflich bezahlt und zum Teil auf ihren alten Arbeitsplätzen versteht sich.

Resümee

Die Umsetzung des Hartz-Konzeptes stellt einen der größten Angriffe auf den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik dar. Die eingeführten oder verschärften Repressalien und Kürzungen bei Arbeitslosen und Sozialschwachen brechen nicht nur den Solidaritätsgedanken der Sozialversicherungen, sondern müssen auch als zentraler Angriff auf Tarifautonomie, Arbeitsrecht und geschichtliche Erfolge der Gewerkschaftsbewegung angesehen werden.

Schon in Kürze werden wir es in den Betrieben mit speziellen ArbeitnehmerInnen zu tun haben – so genannten PSA-Sklaven oder Scheinselbstständigen – die keinen Kündigungsschutz genießen und auch keinen Anspruch auf den Tariflohn haben. Diese zur Leiharbeit genötigten KollegInnen können selbst mit Hilfe der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte nicht vor Lohndumping und anderen Erniedrigungen geschützt werden.

Gleichzeitig müssen sich die Betriebsratsgremien darauf vorbereiten, ihre gekündigten KollegInnen auf das Schlimmste vorzubereiten. Gerade im Bauhauptgewerbe drohen laut einschlägigen Studien schon in den nächsten Monaten wieder bis zu 80.000 Kündigungen. Unter anderem den Betroffenen dieses erneuten Arbeitsplatzabbaus am Bau wird zu erklären sein, warum ausgerechnet ihre eigene Gewerkschaft und damit auch ihre Schutzmacht sie in die völlige Rechtlosigkeit stößt, indem sie zahllosen Repressalien und Kürzungen zugestimmt hat, denen die KollegInnen ab Januar 2003 konkret ausgesetzt sein werden. Schon jetzt stellen Beschäftigte ihren Betriebsräten immer häufiger die bange Frage, wann das Hartz-Konzept in Kraft tritt und mit welchen Schikanen sie zu rechnen haben. Die KollegenInnen haben Angst – mit voller Berechtigung. Und sie werden sich sehr genau daran erinnern, wer dem Horrorkatalog an Erniedrigungen zugestimmt hat, dem sie künftig ausgesetzt sind.

Neben der Empörung über Kürzungen und Repressalien im Detail ist es jedoch interessant, die Rahmenbedingungen der aktuellen Arbeitsmarktpolitik im Auge zu behalten. Seit Jahren haben wir es mit Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau zu tun, während Arbeitsplatzvernichtung in beinahe jeder Form und Ausprägung ungesühnt, zum Teil sogar staatlich subventioniert bleibt. Angesichts von zur Zeit 4 Millionen Erwerbslosen und grob geschätzt 0,5 Millionen offener Stellen kündigt die Bundesregierung „neue Impulse“ und eine Offensive in der Arbeitsmarktpolitik an. Doch die einzigen „Impulse“ sind bislang Verschärfungen, Kürzungen, Repressalien gegen – richtig: gegen die Opfer der gänzlich versagenden Politik der letzten Jahre. Wie aber sollen ausgerechnet mit Repressalien gegen Arbeitslose Arbeitsplätze geschaffen werden? Niemand kann diese Frage beantworten und es scheint, dass auch niemand aus den Reihen von Bundesregierung und Gewerkschaftsspitzen diese Frage überhaupt gestellt wissen möchte.

Das hat sicherlich verschiedenste Gründe, die uns nicht einmal ansatzweise einleuchten. Zumindest die Bundesregierung jedoch hat einen sehr zentralen Grund für ihre Politik: Das Hartz-Konzept wird neben der Schaffung einiger weniger zusätzlicher Stellen in prekären Arbeitsmarktsektoren und der unanständigen Schönung der Statistiken vor allem einen „Erfolg“ zeitigen: Kostensenkung. Vier Millionen plus X Menschen, die auf lohnabhängige Beschäftigung angewiesen sind, sollen sich um knapp eine halbe Million Jobs prügeln und erniedrigen. Wer dies nicht mitmacht, wer unter diesem Druck beispielsweise entgegnet: **Nein, wir Arbeitnehmer in Deutschland, wir sind im DGB organisiert und wir arbeiten nicht unter einer solchen Summe . . .** (Klaus WieseHügel am 4.10.2001), wird künftig in feinsten Übereinstimmung mit unter anderem dem Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt fertig gemacht, von den Arbeitsämtern, von den Sozialämtern. Überall wird er immer mehr in die Ecke gedrückt, wird mit seinen Ansprüchen immer mehr heruntergedrückt. (ebenfalls Klaus WieseHügel, ebendann). Und seine Leistungen werden ganz oder teilweise gekürzt. Gerade also die besten GewerkschafterInnen unter den Erwerbslosen, gerade die, die auch unter großem Druck Ungerechtigkeiten widerstehen, werden die ersten Opfer von Hartz und Konsorten sein.